Jahresabschluss 2020

PSD Bank Nürnberg eG

Nürnberg

Jahresabschluss der Kreditinstitute in der
Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft

Bestandteile Jahresabschluss

1. Jahresbilanz (Formblatt 1)
2. Gewinn- und Verlustrechnung
(Formblatt 3 - Staffelform)
3. Anhang

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020

der PSD Bank Nürnberg eG

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die PSD Bank Nürnberg eG ist eine eingetragene Genossenschaft, die der amtlich anerkannten BVR Institutsicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen ist.

Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Wir betreiben grundsätzlich alle banküblichen Geschäfte.

Unser Geschäftsgebiet umfasst überwiegend Standorte in Franken, Sachsen und der Oberpfalz mit unserer Hauptstelle, 5 Filialen und 4 Beratungsbüros.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und Kreditgenossenschaften

Konjunktur in Deutschland

Coronapandemie lässt Bruttoinlandsprodukt einbrechen

Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Deutschland stand 2020 im Zeichen einer Krise, die durch das Coronavirus ausgelöst wurde. Die globale Virusverbreitung sowie die dagegen ergriffenen Maßnahmen ließen die bereits vorher eingetretene konjunkturelle Abschwächung in eine schwere Rezession münden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt brach gegenüber dem Vorjahr um 4,9 % ein, nachdem es 2019 noch um 0,6 % expandiert war.

Stillstand im Frühjahr und zum Jahresende

In den Monaten März und April kam es bundesweit zu einem weitgehenden Stillstand des Wirtschaftslebens. Hauptgrund hierfür waren Schutzmaßnahmen wie weitreichende Kontaktbeschränkungen und Grenzschließungen, die in Reaktion auf kräftig steigende Infektionszahlen eingeführt wurden und zu Unterbrechungen von Produktions- und Lieferketten führten. Im Mai und den Folgemonaten setzte dann mit der Lockerung dieser Maßnahmen eine merkbare Belebung ein. Zum Jahresende ließen die Auftriebskräfte jedoch spürbar nach, auch wegen nochmals deutlich zunehmender Infektionszahlen, die verschärfte Schutzmaßnahmen erforderlich machten. Mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Härten der Krise abzufedern, wurden weltweit staatliche Hilfsprogramme aufgelegt. Beispielsweise beschloss die Bundesregierung im März und im Juni große Hilfspakete, die unter anderem eine Ausweitung des Kurzarbeitergeldes und eine befristete Senkung der Mehrwertsteuersätze im zweiten Halbjahr umfassten.

Stark rückläufiger Privatkonsum

Anders als während der großen Rezession der Jahre 2008/2009 gaben im Rahmen der Coronakrise 2020 nicht nur die Investitionen und der Außenhandel massiv nach, sondern auch der Konsum. Die privaten Konsumausgaben sanken um 6,1 %, so stark wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Alleine der außerordentliche Rückgang dieser Ausgaben war rechnerisch für 3,2 Prozentpunkte des BIP-Einbruchs verantwortlich. Dämpfend auf den Privatkonsum wirkten zum einen die Maßnahmen zum Infektionsschutz, welche die Konsummöglichkeiten beispielsweise in der Gastronomie und im Tourismus zeitweise enorm einschränkten. Zudem mussten viele Verbraucher Einkommensverluste hinnehmen, etwa, weil sie von Kurzarbeit betroffen waren oder weil sie arbeitslos wurden. Ferner verdunkelten sich die Konjunktur- und Einkommenserwartungen, was ebenfalls die Ausgabenbereitschaft der Konsumenten einschneidend belastete. Die staatlichen Konsumausgaben legten hingegen zu und wirkten so stabilisierend. Der Staatskonsum wurde um 3,3 % ausgeweitet, befördert unter anderem durch zusätzliche Ausgaben für Krankenhäuser.

Deutlich eingetrübtes Investitionsklima

Vor dem Hintergrund der Coronakrise trübte sich das allgemeine Investitionsklima spürbar ein. Angesichts pandemiebedingt kräftig zunehmender Unsicherheiten und merklich unterausgelasteter Kapazitäten im verarbeitenden Gewerbe verminderte sich die Nachfrage nach Fahrzeugen, Maschinen und anderen Geräten erheblich. Die Ausrüstungsinvestitionen sanken teilweise in ähnlich dramatischem Umfang wie im Verlauf der Rezes-

sion von 2008/2009. Auf Jahressicht gaben sie um massive 12,1 % nach. Demgegenüber blieb die Baukonjunktur vergleichsweise robust. Die Bauinvestitionen legten erneut zu, mit einer Jahresrate von 1,9 % aber schwächer als im Vorjahr (+3,8 %). Treibende Kraft blieb der Wohnungsbau, der nach wie vor durch den hohen Wohnraumbedarf in den Ballungszentren und die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen befördert wurde.

Drastische Verminderung des Außenhandels

Das außenwirtschaftliche Umfeld der deutschen Wirtschaft verschlechterte sich weiter. Der Welthandel, der sich bereits in den Vorjahren im Fahrwasser eskalierender Handelskonflikte und geopolitischer Spannungen deutlich abgeschwächt hatte, wurde 2020 zusätzlich durch die Pandemiefolgen belastet. Vor allem im zweiten Quartal kam es angesichts globaler Produktions- und Nachfrageausfälle sowie Lieferunterbrechungen zu drastischen Rückgängen im internationalen Warenhandel Deutschlands. Auch der Dienstleistungshandel wurde massiv beeinträchtigt, unter anderem wegen Beschränkungen bei Geschäftsreisen und beim Tourismus. Auf Jahressicht brachen die Exporte um 9,4 % und die Importe um 8,5 % ein.

Staatlicher Finanzierungssaldo tief im Minus

Nach Überschüssen in den Vorjahren schloss der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo das Jahr 2020 mit einem Fehlbetrag von 139,6 Milliarden Euro ab, was einer Defizitquote von 4,2 % entsprach. Grund für das Defizit waren einerseits die rückläufigen Einnahmen. Unter anderem gaben wegen der vorgenommenen Senkungen der Mehrwertsteuersätze die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz erheblich nach. Andererseits legten die staatlichen Ausgaben kräftig zu, befördert vor allem durch die Coronahilfen des Bundes wie Kurzarbeitergeld für Privathaushalte und Finanzstützen für Unternehmen. Der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, der 2019 noch knapp unter die Maastricht-Obergrenze von 60 % gesunken war, stieg auf rund 70 %.

Arbeitsmarktaufschwung beendet

Die Coronapandemie belastete den Arbeitsmarkt ebenfalls merklich. Der langjährige kontinuierliche Beschäftigungsaufbau kam zum Stillstand, wegen der Krisenfolgen aber auch wegen des zunehmenden demografischen Gegenwindes. Die Anzahl der Erwerbstätigen im Inland sank im Jahresdurchschnitt 2020 um 487 Tausend auf 44,8 Millionen Menschen. Demgegenüber nahm die Arbeitslosenzahl zu, um 429 Tausend auf 2,7 Millionen Menschen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 5,0 % im Vorjahr auf 5,9 %. Allerdings wäre die Arbeitslosigkeit noch deutlicher gestiegen, wenn die Unternehmen nicht vermehrt das Instrument der Kurzarbeit genutzt hätten. Im Frühjahr 2020 wurde zeitweise für eine Rekordzahl von 6,0 Millionen Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt.

Schwächer steigende Verbraucherpreise

Im Zuge der Krise verminderte sich der Preisauftrieb spürbar. Die Inflationsrate, gemessen am amtlichen Verbraucherpreisindex, zeigte im Jahresverlauf einen Abwärtstrend. Sie sank zunächst von 1,7 % im Januar auf knapp 1 % während der Frühjahrsmonate. Maßgeblich hierfür waren die krisenbedingt vorübergehend niedrigeren Rohölnotierungen, deren dämpfende Wirkung auf die Inflationsrate nur wenig durch die krisenbedingt höheren Preissteigerungen bei anderen Gütern, etwa bei vielen Nahrungsmitteln, kompensiert wurde. Ab Juli setzte wegen der befristeten Mehrwertsteuersenkung ein weiterer sichtbarer Rückgang ein, der die Inflationsrate zum Jahresende auf -0,3 % drückte. Im Jahresdurchschnitt 2020 stiegen die Verbraucherpreise um 0,5 % und damit deutlich schwächer als im Vorjahr (+1,4 %).

Anhaltendes Wachstum im Baugewerbe

Die Baukonjunktur blieb 2020 aufwärtsgerichtet, obwohl sie ab dem Frühjahr ebenfalls durch die Infektionsschutzmaßnahmen belastet wurde. Beeinträchtigungen entstanden unter anderem aus Verzögerungen wegen fehlender Mitarbeiter und wegen fehlendem Baumaterial sowie aus Verspätungen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Baugewerbes expandierte daher mit 1,9 % solide, aber schwächer als im Vorjahr (+3,8 %). Neben dem Wohnungsbau lieferte auch der öffentliche Bau kräftige Wachstumsimpulse.

Finanzmärkte

Finanzmärkte erholen sich rasch von Coronaschock

Die Entwicklung an den Finanzmärkten wurde im vergangenen Jahr maßgeblich vom Verlauf der Coronapandemie beeinflusst. Nach dem erstmaligen Auftreten in China verbreitete sich das Virus zunächst in Asien. In Europa machte sich dies zunächst durch Störungen in den Lieferketten bemerkbar. Mit der weltweiten Ausbreitung des Virus rutschte auch die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession.

An den Finanzmärkten herrschte zunächst hohe Unsicherheit bezüglich der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Die Aktienkurse brachen dramatisch ein. Anleihen verteuerten sich aufgrund der Aussicht auf zusätzlichen geldpolitischen Stimulus. Auch an den Rohstoffmärkten hinterließ die Pandemie Spuren. Rohstoffpreise gaben

spürbar nach. Insbesondere Rohöl verbilligte sich dramatisch. In den USA wurden gar erstmals negative Rohölpreise notiert.

Weltweit stützte die Wirtschaftspolitik die Konjunktur durch breit angelegte expansive Maßnahmen. In Europa weitete das Eurosystem insbesondere die Wertpapierkäufe deutlich aus. Neben diversen nationalen Konjunkturprogrammen schnürte die EU Pakete mit einem Umfang von 500 bzw. 750 Milliarden Euro um die Auswirkungen der Coronapandemie abzufedern bzw. den Wiederaufbau nachhaltig zu gestalten.

Die Finanzmärkte erholten sich vergleichsweise rasch von dem Coronaschock. Bereits Ende August übertrafen die weltweiten Aktienkurse (gemessen am MSCI World Index) erstmals wieder das Vorkrisenniveau. Auch die Rohstoffpreise legten im weiteren Jahresverlauf, trotz neuerlicher Anstiege des Infektionsgeschehens in Europa und den USA zum Jahresende sowie neuerlicher Lockdowns, wieder merklich zu.

Eurosystem weitet expansive Maßnahmen deutlich aus

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Geldpolitik im vergangenen Jahr nochmals deutlich expansiver ausgerichtet. Zwar wurden die Leitzinsen nicht verändert. Allerdings weitete das Eurosystem die unkonventionellen Maßnahmen deutlich aus, insbesondere die Wertpapierkäufe. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr Wertpapiere im Umfang von netto rund 1.087 Mrd. Euro erworben.

Darüber hinaus hat die EZB die Konditionen für gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte nochmals attraktiver gestaltet, etwa durch eine Verlängerung des Zeitraums des ausgesprochen günstigen Zinses für Ausleihungen. Zudem wurden die Anforderungen an notenbankfähige Sicherheiten gesenkt, um Banken den Zugang zu Zentralbankgeld weiter zu erleichtern.

Trotz des massiven geldpolitischen Impulses schwächte sich die Inflation im Jahr 2020 pandemiebedingt deutlich ab. Im Jahresdurchschnitt lag die Inflation im Euroraum bei nur 0,3 %, nach 1,2 % im Jahr 2019. Damit unterschritt die Teuerung das Ziel der EZB von unter, aber nahe 2 % deutlich.

Breiter Rückgang der Umlaufrenditen deutscher Bundesanleihen

Im vergangenen Jahr gaben insbesondere am langen Ende der Zinsstrukturkurve die Renditen deutscher Bundesanleihen deutlich nach. Im März wurden gar historische Tiefstände der Umlaufrenditen notiert. Zum Jahresende rentierten Anleihen mit einer Restlaufzeit von dreißig Jahren bei -0,17 %, 52 Basispunkte weniger als zum Ende des Vorjahres. Papiere mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren notierten bei -0,58 %. Für Papiere mit einer Restlaufzeit von zwei Jahren lag die Umlaufrendite bei -0,71 %. Das waren 39 bzw. 11 Basispunkte weniger als zum Ende des Vorjahres.

Maßgeblich für diesen breiten Rückgang der Umlaufrenditen dürfte die Coronapandemie und der damit verbundene Einbruch der Konjunktur im Euroraum gewesen sein. Als Reaktion hierauf weitete das Eurosystem insbesondere die Anleihekäufe massiv aus. Eine etwaige Straffung des geldpolitischen Kurses dürfte sich zeitlich deutlich nach hinten verschoben haben.

Die Zinsaufschläge von Staatsanleihen anderer Euroraumländer gegenüber deutschen Bundesanleihen hatten sich zum Ende des ersten Quartals aufgrund der gestiegenen Unsicherheit bezüglich der konjunkturellen Entwicklung und der wirtschaftspolitischen Reaktion auf die Krise deutlich ausgeweitet. Im weiteren Jahresverlauf bildeten sich die Zinsaufschläge jedoch wieder zurück. Zum Jahresende lagen diese sogar leicht unter den Vorjahreswerten. Einerseits stieg die Nachfrage nach europäischen Staatsanleihen aufgrund der Ausweitung der Anleihekäufe des Eurosystems. Andererseits ließ die Lastenteilung im Zuge des 500 Milliarden schweren Hilfspaketes und des 750 Milliarden umfassenden NextGenerationEU die Wahrscheinlichkeit neuerlicher Schuldenschnitte im Euroraum geringer erscheinen.

DAX nach Talfahrt auf neuem Allzeithoch

Insgesamt war das vergangene Jahr für Aktionäre rentabel. Der DAX legte im Jahresverlauf um 3,5 % zu und schloss zum Jahresende bei rund 13.719 Punkten. Unterjährig war das Jahr allerdings durch hohe Unsicherheit bezüglich des Verlaufs der Coronapandemie geprägt.

Zu Jahresbeginn entwickelte sich der DAX positiv und erreichte am 19. Februar ein neues zwischenzeitliches Allzeithoch von 13.789 Punkten. Mit Ausbruch der Coronapandemie brachen die Aktienpreisnotierungen jedoch förmlich ein. Am 11. März stufte die WHO COVID-19 als Pandemie ein. Ebenfalls im März einigten sich Bund und Länder auf einen Lockdown in Deutschland. Bis zum 18. März verlor der DAX rund 38,8 % seines Wertes. Im weiteren Jahresverlauf erholte sich der Index jedoch von diesem Einbruch. Zum einen stützte die Wirtschaftspolitik mit einer Vielzahl von Maßnahmen die Konjunktur. Zum anderen konnten Infektionsschutzmaßnahmen aufgrund weniger Neuinfektionen zurückgeführt werden und die Konjunktur zog im dritten Quartal spürbar an.

Der erneute Anstieg des Infektionsgeschehens sowie der daraufhin beschlossene Teil-Lockdown ab November, welcher im Dezember verschärft wurde, ließen die Aktienmärkte jedoch nicht erneut einbrechen. Vielmehr beflügelten positive Nachrichten zur Wirksamkeit und Zulassung von COVID-19-Impfstoffen die Aktienpreisnotierungen. Am 28. Dezember schloss der DAX mit 13.790 gar einen Indexpunkt über dem bisher höchsten Ta-

gesendwert von Februar dieses Jahres. Positiv entwickelten sich im vergangenen Jahr insbesondere Werte, deren Güter oder Dienste aufgrund der Pandemie besonders gefragt waren. Die Papiere tourismusnaher Dienstleistungen waren aufgrund von Infektionsschutzmaßnahmen hingegen weniger gefragt.

Entwicklung der PSD Bankengruppe im Jahr 2020

Die PSD Banken blieben auch im Jahr 2020 auf Wachstumskurs. Die addierte Bilanzsumme der 14 Banken stieg um 1.042 Mio. Euro (oder 4,0 Prozent) auf insgesamt 26.892 Mio. Euro.

II.2 Leistungsindikatoren

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung planen und steuern wir die Entwicklung unseres Institutes auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen:

- Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Rentabilität der Bank wird die Relation des Jahresüberschusses vor Steuern und vor der Zuführung/Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zur durchschnittlichen Bilanzsumme (nachfolgend: „JÜ vor Steuern/dBS“) festgelegt. Die Kennzahl JÜ vor Steuern/dBS misst die Ertragskraft der Bank in Relation zum Geschäftswachstum, gemessen als durchschnittliche Bilanzsumme.

- Als Leistungsindikator für die Wirtschaftlichkeit/Effizienz oder Produktivität unseres Instituts wurde die Cost Income Ratio (nachfolgend: „CIR“) bestimmt. Sie stellt das Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis (inkl. laufender Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren) sowie dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen dar.

- Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden im Kontext steigender Kapitalanforderungen angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die harte Kernkapitalquote nach Art. 92 Abs. 2 CRR (Kernkapital des Instituts in Prozent des Gesamtrisikobetrags).

In den nächsten Abschnitten des Lageberichts wird auf deren Entwicklung bei der Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage der Genossenschaft sowie im Rahmen des Prognoseberichts eingegangen.

II.3 Geschäftsverlauf der PSD Bank Nürnberg eG

Die Geschäftsentwicklung wurde durch Maßnahmen der Bank (z.B. Einbringung von Immobilien und verbundenen Unternehmen in die InvKG) positiv beeinflusst und konnte, trotz Corona-Pandemie und den daraus resultierenden Auswirkungen, unsere Erwartungen an den Geschäftsverlauf im Wesentlichen erfüllen. Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2020 stellt sich wie folgt dar:

Die Rentabilitätskennzahl Jahresüberschuss vor Steuern/dBS sank im Vorjahresvergleich von 0,77 % auf 0,72 %, was vorrangig auf den deutlichen Zuwachs des Geschäftsvolumens bei gleichzeitig geringerem Zuwachs des Jahresüberschusses vor Steuern zurückzuführen ist. Die Kennzahlen des Geschäftsjahres und Vorjahres sind durch Sonderfaktoren positiv beeinflusst.

Die CIR lag im Geschäftsjahr 2020 bei 62,7 % (Vorjahr: 59 %).

Die Kernkapitalquote belief sich auf 11,01 %; ein Zuwachs von 0,69 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr.

Die Gesamtkapitalquote erhöhte sich um 0,83 Prozentpunkte auf 14,37 %.

Die Entwicklung aller bedeutsamsten Leistungsindikatoren liegt im Wesentlichen im Rahmen unserer Erwartungen.

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Bilanzsumme	4.513.491	4.152.759	+	360.732	8,7
Außerbilanzielle Geschäfte	519.480	631.387	-	111.907	17,7

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 360.732 TEUR auf 4.513.491 TEUR. Maßgeblich hierfür war insbesondere das Wachstum im Kundenkreditgeschäft und im Wertpapiergeschäft (Einbringung von Immobilien und verbundenen Unternehmen in die PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG. Hierbei handelt es sich um ein Tochterunternehmen, das als Fonds bilanziert wird) und die Liquiditätshaltung bei der Bundesbank. Die außerbilanziellen Geschäfte, die sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 144 TEUR (davon Bürgschaften 144 TEUR), aus anderen Verpflichtungen in Höhe von 254.335 TEUR und derivativen Geschäften in Höhe von nominell 265.000 TEUR zusammen setzen, liegen unter dem Vorjahresniveau.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Kundenforderungen	<u>3.457.568</u>	<u>3.201.482</u>	+	256.086	8,0
Wertpapiere	<u>700.179</u>	<u>543.355</u>	+	156.824	28,9
Forderungen an Kreditinstitute	<u>25.223</u>	<u>156.485</u>	-	131.262	83,9

Die Entwicklung des Aktivgeschäfts entsprach im Wesentlichen den in der Vorperiode berichteten Prognosen. Aufgrund der weiteren Marktzinsrückgänge und der Auswirkungen der Corona-Krise wurde das Neugeschäftsziel im Kundenkreditgeschäft spürbar reduziert.

In der Struktur der Aktivseite sind im Berichtsjahr keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen.

Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich aufgrund der Liquiditätshaltung bei der Bundesbank verringert.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	<u>676.592</u>	<u>615.820</u>	+	60.772	9,9
Spareinlagen von Kunden	<u>819.214</u>	<u>849.093</u>	-	29.879	3,5
andere Einlagen von Kunden	<u>2.621.323</u>	<u>2.327.553</u>	+	293.770	12,6

Die Entwicklung des Passivgeschäfts entsprach im Wesentlichen den in der Vorperiode berichteten Prognosen. Das Kundeneinlagenwachstum liegt deutlich über dem Planwert.

In der Struktur der Passivseite sind aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase am Geld- und Kapitalmarkt im Berichtsjahr keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Wesentlichen aufgrund weiterer Bankenrefinanzierungen und durch die Teilnahme am Offenmarktgeschäft erhöht.

In der Erhöhung der anderen Einlagen von Kunden sind in geringem Umfang weitere Emissionen von Pfandbriefen enthalten.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	<u>2.141</u>	<u>1.846</u>	+	295	16,0
andere Vermittlungserträge	<u>694</u>	<u>722</u>	-	28	3,9
Erträge aus Zahlungsverkehr	<u>1.064</u>	<u>1.015</u>	+	49	4,8

Die Entwicklung des Dienstleistungsgeschäftes entsprach im Wesentlichen den in der Vorperiode berichteten Prognosen.

Die Erträge aus dem Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäft, inkl. den Erträgen aus Vermittlung von Wertpapier-Sparverträgen, konnten erhöht werden.

Immobilien-geschäft

Darüber hinaus investieren wir in Wohnimmobilien und Gewerbeimmobilien zur Erzielung von Mieterträgen. Im Geschäftsjahr haben wir durch die Einbringung bankeigener Immobilien in eine Tochtergesellschaft den Bestand an Grundstücken und Gebäuden auf 95 Mio. EUR reduziert (Vorjahr 184 Mio. EUR).

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen betragen im Berichtsjahr 50.413 TEUR.

Im Berichtsjahr wurden in Betriebs- und Geschäftsausstattung und in immaterielle Anlagewerte 1.202 TEUR investiert; weiterhin wurde u.a. mit der Renovierung des Bankgebäudes (Fassade) begonnen.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr war durch keine außergewöhnlichen Vorgänge gekennzeichnet. Durch die Einbringung bankeigener, fremdgenutzter Immobilien und verbundener Unternehmen in eine Tochtergesellschaft, PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG, wurden stille Reserven in Höhe von 15,9 Mio. EUR realisiert.

II.4. Lage der PSD Bank Nürnberg eG

II.4.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	49.662	47.139	+	2.523	5,4
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	2.262	10.674	-	8.412	78,8
Provisionsüberschuss ²⁾	-1.617	-3.370	+	1.753	52,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	13.374	9.509	+	3.865	40,6
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	16.129	15.286	+	843	5,5
b) andere Verwaltungsaufwendungen	19.518	18.491	+	1.027	5,6
Bewertungsergebnis ⁴⁾	6.862	3.288	+	3.574	108,7
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	31.010	30.006	+	1.004	3,3
Steueraufwand	5.748	6.199	-	451	7,3
Jahresüberschuss	5.762	5.957	-	195	3,3

1) GuV - Posten 1 abzüglich GuV - Posten 2.

2) GuV - Posten 5 abzüglich GuV - Posten 6.

3) GuV - Posten 8 abzüglich GuV - Posten 12.

4) GuV - Posten 13 - 16

Im Berichtsjahr war ein Anstieg des Zinsüberschusses zu verzeichnen. Die Veränderung begründet sich hauptsächlich durch deutlich gesunkene Zinsaufwendungen aufgrund der Marktzinsrückgänge.

Der Rückgang laufender Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ist im Wesentlichen eine Folge von Sonderausschüttungen aus Fonds im Vorjahr.

Die positiven Veränderungen des Provisionsüberschusses sind zurückzuführen auf leicht erhöhte Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft und dem Zahlungsverkehr sowie merklich verringerte Aufwendungen für Kreditvermittlungen.

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis war, im Wesentlichen bedingt durch Sondereffekte in Verbindung mit der Einbringung von bankeigenen, fremdgenutzten Immobilien in ein Tochterunternehmen (Ertrag in Höhe von 9,6 Mio. EUR), ein Anstieg zu verzeichnen. Die sonstigen betrieblichen Erträge aus Vermietung und Verpachtung erhöhten sich von im Vorjahr 7.386 TEUR um 251 TEUR auf 7.637 TEUR.

Abschreibungen auf fremdgenutzte Gebäude stiegen von 3.203 TEUR im Vorjahr um 388 TEUR auf im Berichtsjahr 3.591 TEUR.

Der durchschnittliche Personalbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht und führte neben tariflichen Gehaltssteigerungen zu einem leicht unterplanmäßigen Anstieg der Personalaufwendungen.

Die Erhöhung der Verwaltungsaufwendungen ist zurückzuführen auf allgemeine Preissteigerungen sowie erhöhte Geschäftstätigkeit.

Das Bewertungsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3.574 TEUR erhöht. Im Bewertungsergebnis sind Erträge und Aufwendungen aus der Einbringung von Beteiligungen in ein Tochterunternehmen enthalten.

Die Aufwands-/Ertragsrelation (Cost-Income-Ratio - CIR) / (vg. Definition im Abschnitt II.2) erhöhte sich von 59 % im Vorjahr auf 62,7 %.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit hat sich im Vorjahresvergleich erhöht. Ursachen hierfür sind im Wesentlichen das verbesserte Bewertungsergebnis und der Sondereffekt aus Einbringungen von bankeigenen Immobilien und Beteiligungen in ein Tochterunternehmen.

Der Vorstand schlägt vor, vom Bilanzgewinn in Höhe von 6.312 TEUR, 5.671 TEUR den Rücklagen zuzuweisen.

Die Entwicklung der Ertragslage, gemessen an der Rentabilitätskennzahl JÜ vor Steuern/dBS, hat aufgrund von Sondereffekten unsere in der Vorperiode berichtete Prognose deutlich übertroffen.

II.4.2 Finanz- und Liquiditätslage

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) zu erfüllen. Den Zahlungsverpflichtungen nach

Art, Höhe und Fristigkeit konnte im Berichtsjahr stets nachgekommen werden. Die monatlichen Meldungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) wiesen im Berichtszeitraum einen Wert von mindestens 144 aus. Zum Bilanzstichtag lag die Kennzahl bei 203.

Die liquiden Mittel haben sich insgesamt im Vergleich zum Vorjahr merklich erhöht. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass wir weitere Aufnahmen von Refinanzierungen getätigt haben.

Unsere Anlagen in Wertpapiere des Anlagevermögens haben sich durch die Einbringung von Immobilien und verbundenen Unternehmen in eine geschlossene InvKG deutlich erhöht.

Die Refinanzierung der erhöhten Kundenforderungen erfolgte durch Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Einlagen von Kunden.

Ein großer Teil der Wertpapiere der Liquiditätsreserve - mit Ausnahme der Fonds - ist notenbankfähig und kann somit bei der Bundesbank zum Erhalt liquider Mittel hinterlegt werden.

Neben den dargestellten liquiden Mitteln stehen uns kurzfristig verfügbare Kreditlinien bei unserer genossenschaftlichen Zentralbank (DZ BANK AG) und die Refinanzierungsfazilitäten der EZB zur Verfügung. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde genutzt. Übernachtkredite (Spitzenrefinanzierungsfazilität) wurden nicht in Anspruch genommen. Die eingeräumten Kreditlinien der DZ BANK AG haben wir im Jahresverlauf nicht in Anspruch genommen.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist aufgrund unserer Planungen in den nächsten Jahren nicht zu rechnen.

Bis zur Erstellung des Lageberichts liegen keine Anhaltspunkte für Umstände vor, die die Liquiditätslage der Bank nachteilig verändern könnten.

Weitere Ausführungen finden sich unter IV.2.3 Liquiditätsrisiken.

II.4.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	27.237	22.319	+	4.918	22,0
Rücklagen	123.967	118.559	+	5.408	4,6

Wesentliche Veränderungen beim Eigenkapital ergaben sich durch Gewinnthesaurierung und den Ausbau der Geschäftsguthaben unserer Mitglieder. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 140.850 TEUR (Vorjahr 121.350 TEUR).

Der Anteil der bilanziellen Eigenmittel an der Bilanzsumme hat sich von 8,19 % auf 8,32 % erhöht.

Die harte Kernkapitalquote beläuft sich auf 11,01 % und konnte merklich erhöht werden. Die wesentliche Ursache hierfür ist die Zunahme der eingezahlten Kapitalinstrumente und die Rücklagenbildung aus Gewinnthesaurierung.

Die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestgröße wurde jederzeit erfüllt. Eine weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung ist weiterhin Ziel der Geschäftspolitik.

Die Gesamtkapitalquote beläuft sich auf 14,37 % und konnte merklich erhöht werden. Die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestgröße wurde jederzeit erfüllt.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,13 %. Unter Berücksichtigung der Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken würde sich eine Kapitalrendite von 0,56 % ergeben.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme beträgt 76,61 %.

Das Bruttokundenkreditvolumen (Kundenforderungen und unwiderrufliche Kreditzusagen) entfällt nahezu vollständig auf Privatkunden.

Im Kundenkreditgeschäft bestehen keine besonderen strukturellen Risiken und Risikokonzentrationen.

Die Größenklassengliederung ist ausgewogen. Von den Kundenfinanzierungen entfallen 7,4 % auf die Größenklasse ab 500 TEUR.

Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen abgesichert.

Die aufsichtsrechtlichen Kreditgrenzen sowie die festgelegten Kreditbeschränkungen nach § 49 GenG wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Anlagevermögen	281.193	70.688	+	210.505	297,8
Liquiditätsreserve	418.986	472.667	-	53.681	11,4

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 15,51 % an der Bilanzsumme. Hiervon entfällt ein Anteil von 5,41 % auf Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) bzw. von 10,1 % auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6).

In den festverzinslichen Wertpapieren sind EUR-Anleihen ausländischer Emittenten in Höhe von 157.722 TEUR enthalten. Anleihen in ausländischer Währung halten wir nicht.

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Vom gesamten Wertpapierbestand wurde eine Teilbetrag in Höhe von 281.193 TEUR wie Anlagevermögen bewertet. Dadurch vermiedene Abschreibungen bestehen nicht.

Strukturierte Finanzinstrumente wurden als einheitlicher Vermögensgegenstand nach den allgemeinen Grundsätzen bilanziert und bewertet.

Weitere wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Das Sachanlagevermögen ist deutlich gesunken, da im Geschäftsjahr Immobilien in die Tochtergesellschaft, PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG eingebracht wurden. Dies führte zur Erhöhung der Position Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere.

Derivategeschäfte

Es bestehen Zinsderivate in einem Umfang von 265.000 TEUR, die überwiegend der Steuerung des Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) dienen. Diese Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen. Soweit die derivativen Geschäfte im Einzelfall nicht der Aktiv-Passiv-Steuerung dienen werden sie nach den Grundsätzen des Imparitäts- und Realisationsprinzips einzeln bewertet.

II.5 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Insgesamt beurteilen wir die Geschäftsentwicklung und die wirtschaftliche Lage unseres Hauses im Vergleich zum Vorjahr und zur ursprünglichen Planung als gut. Die Geschäftsentwicklung wurde durch Maßnahmen der Bank (z.B. Einbringung von Immobilien und verbundenen Unternehmen in die InvKG) positiv beeinflusst und konnte, trotz Corona-Pandemie und den daraus resultierenden Auswirkungen, unsere Erwartungen an den Geschäftsverlauf im Wesentlichen erfüllen. Das Wachstum des für die Bank wichtigsten Geschäftsbereichs, dem Geschäft mit Kunden, setzte sich fort.

Die Vermögenslage der Bank zeichnet sich durch eine gegenüber dem Vorjahr leicht verbesserte Eigenkapitalausstattung aus. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden sowohl im Vorjahr, als auch im Geschäftsjahr, eingehalten. Für erkennbare und latente Risiken in den Kundenforderungen wurden Wertberichtigungen gebildet. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen worden.

Finanzlage und Liquiditätsausstattung entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen. Die Entwicklung der Ertragslage, gemessen an der Rentabilitätskennzahl JÜ vor Steuern/dBS, hat aufgrund von Sondereffekten unsere in der Vorperiode berichtete Prognose deutlich übertroffen.

III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

III.1 Risikomanagementsystem

Die Ausgestaltung unseres Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategien, die hieraus abgeleiteten operativen Zielgrößen und Plandaten sowie die Risikotragfähigkeit der Bank. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken. Wir legen die für uns wesentlichen Risiken fest und entwickeln entsprechende Risikostrategien.

Die Risikoquantifizierung erfolgt anhand des GuV-orientierten Risikotragfähigkeitskonzepts.

Durch eine Eckwertplanung über einen Zeitraum von fünf Jahren und mit Hilfe von Kennzahlen und Limitsyste-

men planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts.

Im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung bzw. Ad-hoc-Berichterstattung werden Vorstand und Aufsichtsrat informiert.

Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten werden durch die Interne Revision geprüft.

Unsere im Rahmen unserer GuV-orientierten Risikosteuerung ermittelten Risikodeckungspotenziale nach Abzug der aufsichtsrechtlich gebundenen Deckungsmasse und ggf. weiterer Abzugspositionen zum Bilanzstichtag betragen 167,4 Mio. Euro. Davon wurden 62,5 Mio. Euro als Risikobudgets im Standardszenario bereitgestellt. Demgegenüber standen aggregierte Gesamtbankrisiken im schlechtesten Standardszenario in Höhe von 45,4 Mio. Euro, die sich wie folgt auf unsere wesentlichen Risikoarten verteilen: Marktpreisrisiken 12,5 Mio. Euro, Adressrisiken 8,7 Mio. Euro, Immobilienrisiken 22,9 Mio. Euro sowie operationelle Risiken 1,4 Mio. Euro. Das Gesamtbankrisikolimit wurde in 2020 auch im schlechtesten Standardszenario jederzeit eingehalten.

Im historischen und im hypothetischen, risikoartenspezifischen Stressszenario (quartalsmäßige Risikomesung) werden die ermittelten Risikodeckungspotenziale in voller Höhe als Gesamtbankrisikolimit zur Verfügung gestellt. Die Risiken aus allen Risikoarten werden addiert. Das Gesamtbankrisikolimit für die historischen und hypothetischen risikoartenspezifischen Stressszenarien wurde in 2020 jederzeit eingehalten.

Nachfolgend stellen wir unsere wesentlichen Risikokategorien dar:

III.2 Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Die Zinsänderungsrisiken/-chancen messen wir monatlich mithilfe einer dynamischen Zinselastizitätsbilanz. Die gemessenen Risiken werden in einem Limitsystem dem entsprechenden Teillimit gegenübergestellt, dessen Überschreiten die Anwendung bestimmter Maßnahmen auslöst.

Zur Ermittlung der Auswirkungen von Zinsänderungen verwenden wir unterschiedliche Zinsszenarien, wobei zwischen Normal- und Stressszenarien unterschieden wird (konstante Zinsen und auf historischen Marktentwicklungen basierende VR-Zinsszenarien mit steigenden, fallenden Zinsen sowie flacherer und steilerer Zinsstrukturkurve).

Für die Beurteilung des strategischen Zinsbuches wird ergänzend das Barwertkonzept eingesetzt. Für die wesentlichen variablen Positionen hat die Bank Ablauffiktionen auf der Grundlage gleitender Durchschnitte ermittelt.

Aufgrund des von uns eingegangenen Zinsänderungsrisikos ist ein deutlicher Rückgang des Zinsbuchbarwertes bei steigenden Zinssätzen zu erwarten. Die Bank setzt bei ihrer Zinsrisikosteuerung auf Gesamtbankebene verschiedene Zinssicherungsinstrumente ein. Im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung haben wir dazu Zinsswaps abgeschlossen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Daneben bestehen Risiken aus festverzinslichen Wertpapieren, aus Währungsrisiken und alternativen Investitionen.

Diese weiteren für uns wesentlichen Marktpreisrisiken werden entsprechend den aufsichtsrechtlichen Regelungen bei der Gesamtbanksteuerung berücksichtigt. Für unsere Wertpapiere und die ungedeckten Währungsbestände, die täglich bewertet werden, führen wir entsprechende Verlustlimite.

Im Geschäftsjahr war die Summe der wesentlichen Risiken jederzeit durch die bankindividuelle Risikotragfähigkeit abgedeckt.

III.3 Adressenausfallrisiken

Forderungen an Kunden

Die Kreditrisiken im Kundengeschäft messen wir mittels des Kreditportfoliomodells Kundengeschäft aus dem Software-Modul VR-Control KRM mit einem Konfidenzniveau von 99,0% und einer Haltedauer von 250 Tagen. Mit Hilfe der internen Rating-Verfahren bestimmen wir die jeweilige Ausfallwahrscheinlichkeit. Als Exposuregröße verwenden wir das Netto-Blankovolumen bezogen auf das Risikovolumen. Der Risikoausweis wird aus der Summe des Expected Losses (erwarteter Verlust) und des Credit Value at Risk (CVaR = unerwarteter Verlust) dargestellt.

Die Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäfts erfolgt auf der Basis von Limitierungen und Steuerungsvorgaben für das Neugeschäft. Unsere Auswertungen geben Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Branchen, Größenklassen, Sicherheiten und Risikoklassen. Risikokonzentrationen sind nicht vorhanden. Risikovorsorge wird auf Basis der handelsrechtlichen Vorschriften gebildet.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen im Rahmen der Darstellung von Geschäftsverlauf und Lage.

Eigenanlagen

Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen, eigene Analysen von Berichten und Veröffentlichungen sowie Beobachtungen der Spreadentwicklungen der Emittenten zurück.

Als Risikoausweis stellen wir die Summe aus Expected Loss (erwarteter Verlust) und Credit Value at Risk (CVaR = unerwarteter Verlust) dar.

Die Messung der Adressrisiken bei den Eigenanlagen erfolgt durch das Kreditportfoliomodell für Eigengeschäfte indem das zukünftige Verhalten definierter Risikoparameter auf Basis von Zufallszahlen in einer Monte-Carlo-Simulation abgebildet wird (Konfidenzniveau 99 % / Risikohorizont 12 Monate).

Diesen Risiken begegnen wir dadurch, dass wir hauptsächlich Wertpapiere von Emittenten bzw. aus Emissionen erwerben, deren Rating von einer anerkannten Ratingagentur als „Investment Grade“ beurteilt wurde. Das Ausfallrisiko begrenzen wir durch ein System interner Strukturlimite, die eine hinreichende Streuung des Depotbestandes gewährleisten.

Wir führen derzeit neben Verbundbeteiligungen auch Beteiligungen außerhalb der genossenschaftlichen Finanzgruppe. Wir beurteilen Beteiligungsrisiken nicht als wesentliche Risikoart.

Für weitere Ausführungen zu den Wertpapieren verweisen wir auf unsere Darstellungen im Rahmen der Darstellung von Geschäftsverlauf und Lage.

Länderrisiken

Länderrisiken sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung und bestehen nur im Bereich der Eigengeschäfte.

III.4 Liquiditätsrisiken

Da das Zahlungsunfähigkeitsrisiko aufgrund seiner Eigenart nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotential begrenzt und somit nicht in die klassische Risikotragfähigkeit integriert werden kann, haben wir diesbezüglich einen weiteren Prozess (Liquiditätstragfähigkeit) in die Risikosteuerungs- und Controllingprozesse aufgenommen.

Zur frühzeitigen Erkennung eines Liquiditätsengpasses wird die LCR-Kennziffer gemessen und gesteuert. Im Geschäftsjahr lag sie stets über dem geforderten Mindestwert von 100 %.

Die Überwachung der Liquiditätstragfähigkeit bzw. die Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos erfolgt mit Hilfe entsprechender Liquiditätsablaufbilanzen (LAB), in welchen wir die szenariospezifischen Zahlungsmittelabflüsse den szenariospezifischen Zahlungsmittelzuflüssen an den jeweiligen Zahlungsmittelzeitpunkten gegenüberstellen. Sofern sich hieraus im Zeitverlauf ein kumulierter Zahlungsmittelbedarf entwickelt, prüfen wir, ob dieser mit dem jeweilig definierten Liquiditätsdeckungspotential (LDP) für einen zuvor definierten Zeitraum (Liquiditätshorizont bzw. Überlebenshorizont) im jeweiligen betrachteten Szenario abgedeckt werden kann.

In Hinblick auf unsere Refinanzierungsquellen verweisen wir auf Abschnitt II.3.2 Finanz- und Liquiditätsslage.

Das Refinanzierungskostenrisiko wurde im Rahmen der Risikoinventur als unwesentlich eingestuft.

In liquiditätsmäßig engen Märkten sind wir nicht engagiert. Die Gefahr, dass mangels ausreichender Marktliquidität Liquidationen erschwert werden, schätzen wir als gering ein.

Eine Liquiditätsmanagementfunktion wurde mit dem Ziel der Liquiditätssteuerung eingerichtet, um in Phasen eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses einschließlich eines Stressfalls die Zahlungsfähigkeit zu sichern und eine Unterschreitung der bankaufsichtlichen LCR-Mindestquote zu verhindern. Zudem wurde für den Fall eines Liquiditätsengpasses ein Notfallplan festgelegt. Im Rahmen der Eigenanlagen- und Liquiditätsstrategie streuten wir die Positionen der Liquiditätsreserve über Laufzeiten und Emittenten, um ein hohes Maß an Liquidierbarkeit zu erreichen, damit wir jederzeit kurzfristig auf unerwartete Zahlungsstromschwankungen reagieren können.

III.5 Operationelle Risiken

Wesentliche identifizierte operationelle Risiken werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst, analysiert und überwacht.

Die operationellen Risiken werden in ihrer Höhe im Rahmen einer Expertenschätzung aus den Erfahrungen der Vorjahre abgeleitet und einem definierten Limit gegenübergestellt. Zudem werden auch Worst-Case-Annahmen im Rahmen von regelmäßigen Stresstests berücksichtigt.

Den operationellen Risiken begegnen wir mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere Arbeitsanweisungen, die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Arbeitsabläufe, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, laufende Investitionen in neue DV-Systeme über die von uns beauftragte Rechenzentrale, Backup-Einrichtungen, Prüfung der Verfahren und Systeme durch die Interne Revision, Versicherungen (z.B.

Diebstahl- und Betrugsrisiken). Zusätzlich hat unser Haus eine Notfallplanung erstellt. Dem Rechtsrisiko begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare bzw. von rechtlich geprüften Vertragsvordrucken. Bei Rechtsstreitigkeiten nehmen wir juristische Rechtsberatung in Anspruch.

Möglichen operationellen Risiken, insbesondere durch wesentliche Personalausfälle aufgrund Quarantäne, begegnen wir durch die Bereitstellung von mobilen Arbeitsplätzen.

Im Geschäftsjahr sind keine operationellen Risiken mit spürbarer Ertragsauswirkung eingetreten.

III.6 Weitere Risiken

Immobilienrisiken

Die Bank investiert im Rahmen ihres Eigenanlagengeschäftes in begrenztem Umfang direkt oder über Fonds bzw. Beteiligungen in Immobilien. Die Risiken aus Immobilien stellen eine wesentliche Risikoart dar. Die Quantifizierung der Risiken erfolgt durch einen VaR mit 99 % Konfidenzniveau und 250 Tagen Haltedauer mittels einer Monte-Carlo-Simulation auf Basis objektspezifischer Marktmethoden. Im Rahmen des hypothetischen Stresstests wird ein erhöhter Abschlag auf den Marktwert unterstellt. Für den historischen Stresstest wird der VaR mit einem erhöhten Konfidenzniveau von 99,9 % berechnet.

III.7 Gesamtbild der Risikolage

Zusammenfassend ist die Risikolage trotz der Corona-Pandemie insgesamt als günstig einzustufen, da die Risikotragfähigkeit im Geschäftsjahr 2020 jederzeit unter den von uns definierten Standardszenarien und risikokartenspezifischen Stressszenarien gegeben war.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen haben wir im Jahr 2020 jederzeit eingehalten. Wir verweisen hierzu ergänzend auf unsere Ausführungen bei der Vermögenslage.

Nach derzeitigem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2021 angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation der Bank gegeben.

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar. Die weitere Entwicklung ist jedoch nach wie vor mit Unwägbarkeiten behaftet und muss intensiv verfolgt werden. Wir beobachten und analysieren laufend die Risikotreiber im Hinblick auf eine etwaige Beeinflussung durch die Corona-Pandemie und daraus entstehende Auswirkung auf das Geschäftsmodell.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Prognosen, die sich auf die voraussichtliche Entwicklung der PSD Bank Nürnberg eG für das nächste Geschäftsjahr 2021 beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen und Planungsrechnungen getroffen haben. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Die Prognosen zur Konjunkturerwicklung gehen nach den im Februar 2021 getroffenen Einschätzungen der Konjunkturoxperten von einem Wachstum des Bruttoinlandproduktes von 3,0 % im Jahr 2021 aus. Die Erwerbstätigkeit wird im Jahr 2021 voraussichtlich stagnieren, die Zahl der registrierten Arbeitslosen leicht zurückgehen. Die Wirtschaftsleistung vor der Corona-Krise dürfte erst zur Mitte des Jahres 2022 wieder erreicht werden. Die wirtschaftliche Entwicklung wird weiterhin maßgeblich vom Pandemieverlauf und von den Maßnahmen zur Eindämmung beeinflusst. (Quelle: Jahreswirtschaftsbericht 2021; Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)

Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung der Kreditgenossenschaften werden nach unseren Einschätzungen auch im kommenden Geschäftsjahr von den Folgen der Covid 19-Pandemie, der anhaltenden Niedrigzinsphase, dem verstärkten Wettbewerb (u.a. durch neue Wettbewerber im Internet), den sich weiter entwickelnden Kundenansprüchen im Zusammenhang mit der Digitalisierung und den wachsenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen geprägt.

Voraussichtlicher Geschäftsverlauf und voraussichtliche Lage

Im Kundengeschäft erwarten wir weiterhin ein nennenswertes Wachstum. Im Kundenkreditgeschäft erwarten wir ein deutliches Wachstum leicht unter dem Vorjahreswert. Im Einlagengeschäft gehen wir trotz der steigenden Anzahl der Girokonten sowie der reduzierten Produktpalette von einem verhaltenen Wachstum aus. Aufgrund des merklich steigenden Geschäftsvolumens, den infolge der Niedrigzinsphase weiter zurückgehenden Refinanzierungskosten und steigenden Fondserträgen aus der InvKG, erwarten wir einen leicht steigenden Zinsüberschuss.

Im Immobiliengeschäft sind weitere Übertragungen von bankeigenen Immobilien in die PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossenen InvKG, vorgesehen. Aufgrund der dadurch erwarteten Hebung stiller Reserven soll das sonstige betriebliche Ergebnis auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2020 liegen.

Das Provisionsergebnis soll durch die Ausweitung des Vermittlungsgeschäftes leicht verbessert werden.

Die Personalkosten entwickeln sich nach unseren Planungen konstant im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme.

Die Sachkosten incl. Abschreibungen gehen im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme plangemäß leicht zurück. Das Bewertungsergebnis ist weiterhin von untergeordneter Bedeutung.

Unsere Planung basiert auf konstanten Marktzinsen und konstanten Immobilienpreisen.

Erwartete Auswirkungen auf unsere bedeutsamen Leistungsindikatoren

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen und Annahmen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2021 die nachfolgend dargestellten Auswirkungen auf unsere bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren (vgl. Definition Abschnitt II.2):

- Wir erwarten, dass der JÜ vor Steuern/dBS auf dem Niveau des Vorjahres liegen wird.

- Die Cost Income Ratio wird sich merklich verbessern.

Nach unseren Planungsrechnungen erwarten wir eine weitere Stärkung unseres Kernkapitals durch die voraussichtliche künftige Dotierung der Rücklagen und des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB. Die aufsichtsrechtlich festgelegte harte Kernkapitalquote wird leicht steigen. Wir gehen davon aus, dass der aufsichtsrechtlich geforderte Mindestwert eingehalten wird.

Gesamtaussage

Insgesamt erwarten wir unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dass sich Geschäftsverlauf und Lage der PSD Bank Nürnberg eG aufgrund des konstanten JÜ vor Steuern/dBS und dem Ergebnis des operativen Geschäftes günstig entwickeln werden.

Wir erwarten eine angemessene Finanz-, Ertrags- und Liquiditätslage und die jederzeitige Einhaltung der Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität.

Risiken

Wesentliche Risiken für die geschäftliche Entwicklung bestehen im kommenden Jahr bei einer unerwarteten Entwicklung der Zinsstrukturkurve, die zu einer Beeinträchtigung des geplanten Zinsergebnisses führen könnten. Ein weiteres wesentliches Risiko besteht bei sinkenden Immobilienpreisen.

Weitere wesentliche Risiken sehen wir in den möglichen Auswirkungen der Corona Krise.

Die konkreten Auswirkungen auf die künftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Bank sind zum jetzigen Zeitpunkt schwer abzuschätzen. Wir analysieren laufend mögliche Auswirkungen auf die Bank und werden unsere Prognosen korrigieren, soweit dies erforderlich ist.

Chancen

Wesentliche Chancen für die Ertragslage und den voraussichtlichen Geschäftsverlauf bestehen im nächsten Geschäftsjahr bei einer überplanmäßigen, positiven Kreditnachfrage.

V. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

Nürnberg, 22.02.2021

PSD Bank Nürnberg eG

Der Vorstand

gez. Johann Büchler

gez. Helmut Hollweck

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat seine fundamentalen Aufgaben auch im Geschäftsjahr 2020 intensiv wahrgenommen. Natürlich wurden viele Themen von der Problematik der Pandemie von Covid 19 überlagert. Er hat auch im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und traf die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse, dies beinhaltet auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers überwacht. Insbesondere beinhaltete die Überprüfung, dass keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen von Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, erbracht wurden. Bei zulässigen Nichtprüfungsleistungen lagen die erforderlichen Genehmigungen vor.

Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich und mündlich über alle wesentlichen Entwicklungen der Bank.

Wir haben uns wie immer über die Geschäftslage der Bank und die wirtschaftliche Situation der einzelnen Geschäftsbereiche, die vorausschauende Planung sowie die strategische Ausrichtung der Bank informieren lassen, haben die Risikoanalyse der Bank bewertet und den Vorstand hierzu beraten. Die begleitenden Stressszenarien haben wir geprüft und für in Ordnung befunden. Hierzu informierte der Vorstand den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen, die überwiegend virtuell oder über Telefonkonferenzen abgehalten wurden, über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Zusätzlich stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem noch engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Der Aufsichtsrat hat wiederum aus seiner Mitte fünf Ausschüsse eingerichtet, die im Laufe des Geschäftsjahres insgesamt 22 Sitzungen absolviert haben, der Aufsichtsrat selber sieben.

Der Prüfungsausschuss hat sich umfassend mit der Rechnungslegung der Bank in seinen vier Sitzungen beschäftigt und stand in engem Kontakt mit der Innenrevision der Bank. Er hat auch den Jahresabschluss 2020 einer sorgfältigen Prüfung unterzogen.

Der Kreditausschuss hat bei dem hohen Kreditvolumen zehnmal getagt (Telefonkonferenzen) und hat über die ihm vorzulegenden Beschlüsse beraten, geprüft und entschieden. Er analysierte die Kreditrisikoberichte, die Ausfallquoten und die Blankovolumina, die er für in Ordnung befunden hat.

Der Wirtschaftsausschuss, der viermal per Video tagte, beschäftigte sich mit der Anlagepolitik der Bank, mit konkreten Anlagen, aber insbesondere mit der Risikostrategie, die er beratend begleitet hat. Ein Überwachungsschwerpunkt waren die Fonds und natürlich die Investitionen in Immobilienvermögen, die wiederum ausgeweitet wurden und in die neu gegründete PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG überführt wurden.

Der Personal- wie auch der Satzungsausschuss haben Beschlüsse des Aufsichtsrats auf- und vorbereitet.

Nach deren Empfehlungen wurden die erforderlichen Beschlüsse im Aufsichtsrat getroffen.

Aus den Sitzungen der Ausschüsse ist dem Gesamtaufsichtsrat regelmäßig und umfassend berichtet worden.

Der vorliegende Jahresabschluss 2020 mit Lagebericht wurde vom Verband der PSD Banken e.V. geprüft.

Über das Prüfungsergebnis wird in der Generalversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresabschlusses hat der Aufsichtsrat geprüft und in Ordnung befunden.

Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresabschlusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat hat auch für das Jahr 2020 aufgrund der derzeitigen besonderen Situation gemäß § 3 Abs.3 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in seiner Sitzung am 25.06.2021 den aufgestellten und durch den Verband der PSD Banken e.V. geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2020 festgestellt. Der Aufsichtsrat empfiehlt der Generalversammlung die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Vorstand und Aufsichtsrat haben Beschlüsse gefasst, die die Grundlage für eine positive Weiterentwicklung der Bank legen. Der Aufsichtsrat sieht einen Schwerpunkt seiner Arbeit darin, die Umsetzung, Anpassung und Weiterentwicklung der Unternehmensstrategie auf der Grundlage einer modifizierten Vision zu begleiten.

Wir wollen nach wie vor ein nachhaltiges organisches Wachstum erzielen, die Eigenkapitalausstattung steigern und Kundenmehrwerte bieten. Aber wir müssen auch die Bank noch einmal neu ausrichten, hin zu noch mehr Service, digitalen Leistungen und noch mehr Kundenbindung.

Einen unverzichtbaren Anteil am Erfolg im Berichtsjahr haben erneut unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Begeisterung und hohe Identifikation mit der Bank, mit der sie unsere Mitglieder und Kunden beraten und betreuen, neue gewinnen aber auch anspruchsvolle, aber unvermeidbare Veränderungen mittragen, macht uns zuversichtlich für die vor uns liegenden Aufgaben. Insbesondere die hohe Motivation in diesen schwierigen Zeiten, gibt uns die Zuversicht, die Zukunft gut zu meistern.

Durch Ablauf der Wahlzeit scheiden in diesem Jahr Frau Dipl. Volkswirtin Carola Seifried, Herr Bernhard Pfund und Herr Dipl. Kfm. Renè Stein aus dem Aufsichtsrat aus.

Die Wiederwahl der ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats ist zulässig.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besonderen Dank für die geleistete Arbeit aus.

Unseren Mitgliedern und Kunden danken wir sehr für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ich danke Ihnen.

Nürnberg, 25.06.2021

gez. Josef Süß,
(Vorsitzender des Aufsichtsrats)

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			5 239 484,03		4 244
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			206 727 920,00		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	206 727 920,00				(-)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	211 967 404,03	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-	-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			10 919 502,82		142 212
b) andere Forderungen			14 303 421,75	25 222 924,57	14 273
4. Forderungen an Kunden				3 457 567 630,32	3 201 482
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	2 651 408 533,46				(2 480 453)
Kommunalkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten		-			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		70 664 376,91			54 341
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	65 643 931,70				(49 321)
bb) von anderen Emittenten		173 683 500,37	244 347 877,28		184 221
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	160 296 688,80				(143 780)
c) eigene Schuldverschreibungen				244 347 877,28	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				455 830 689,40	304 793
6a. Handelsbestand				-	-
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			11 072 878,52		11 147
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			8 050,00	11 080 928,52	3
darunter: bei Kreditgenossenschaften	-				(-)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				3 928 335,46	41 342
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
9. Treuhandvermögen				3 413,44	5
darunter: Treuhandkredite	3 413,44				(5)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			259 458,00		210
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			92 800,00	352 258,00	-
12. Sachanlagen				97 678 608,80	188 542
13. Sonstige Vermögensgegenstände				4 191 395,80	4 831
14. Rechnungsabgrenzungsposten				1 319 801,20	1 113
15. Aktive latente Steuern				-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				-	-
17.				-	-
Summe der Aktiva				4 513 491 266,82	4 152 759

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			20 000 000,00		20 032
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			656 592 012,25	676 592 012,25	595 789
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		813 874 939,16			818 051
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		5 338 813,96	819 213 753,12		31 042
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		1 972 316 289,46			1 796 475
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		649 007 092,32	2 621 323 381,78	3 440 537 134,90	531 077
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
3a. Handelsbestand				-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				3 413,44	5
darunter: Treuhandkredite	3 413,44				(- 5)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				2 692 523,37	2 480
6. Rechnungsabgrenzungsposten				93 373,50	5
6a. Passive latente Steuern				-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			10 949 791,00		10 326
b) Steuerrückstellungen			517 200,00		144
c) andere Rückstellungen			5 710 141,56	17 177 132,56	5 949
8.				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				78 030 406,26	73 142
10. Genussrechtskapital				-	57
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(- 57)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				140 850 000,00	121 350
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			27 237 243,44		22 319
b) Kapitalrücklage			-		-
c) Ergebnissrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		15 160 000,00			14 510
cb) andere Ergebnissrücklagen		108 806 508,59			104 049
cc)		-	123 966 508,59		-
d) Bilanzgewinn			6 311 518,51	157 515 270,54	5 957
Summe der Passiva				4 513 491 266,82	4 152 759
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			144 463,57		128
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	144 463,57	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			254 335 116,30	254 335 116,30	341 259
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2020

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		<u>62 223 411,39</u>			<u>62 146</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>2 451 514,13</u>	<u>64 674 925,52</u>		<u>2 954</u>
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	<u>22 196,48</u>				<u>(30)</u>
2. Zinsaufwendungen			<u>-15 013 300,84</u>	<u>49 661 624,68</u>	<u>-17 960</u>
darunter: aus Aufzinsung von Rückstellungen	<u>-6 341,00</u>				<u>(-19)</u>
darunter: erhaltene negative Zinsen	<u>607 650,79</u>				<u>(193)</u>
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			<u>2 261 547,89</u>		<u>10 674</u>
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			<u>181 340,00</u>		<u>348</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>866 938,87</u>	<u>3 309 826,76</u>	<u>732</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			<u>3 929 543,57</u>		<u>3 606</u>
6. Provisionsaufwendungen			<u>-5 546 621,70</u>	<u>-1 617 078,13</u>	<u>-6 977</u>
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				<u>18 928 398,90</u>	<u>13 239</u>
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen		<u>25 623,91</u>			<u>(34)</u>
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		<u>-13 310 348,09</u>			<u>-12 614</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>-2 818 193,92</u>	<u>-16 128 542,01</u>		<u>-2 672</u>
darunter: für Altersversorgung	<u>-311 011,22</u>				<u>(-353)</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>-19 518 285,94</u>	<u>-35 646 827,95</u>	<u>-18 491</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				<u>-4 933 026,24</u>	<u>-4 536</u>
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				<u>-5 554 459,63</u>	<u>-3 731</u>
darunter: aus der Währungsumrechnung		<u>-115 314,18</u>			<u>(-882)</u>
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		<u>-787 169,69</u>			<u>(-872)</u>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-		-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>136 461,27</u>	<u>136 461,27</u>	<u>3 288</u>
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			<u>6 725 566,26</u>	<u>6 725 566,26</u>	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				<u>31 010 485,92</u>	<u>30 006</u>
20. Außerordentliche Erträge			-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-		-
22. Außerordentliches Ergebnis				-	<u>(-)</u>
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			<u>-5 692 783,93</u>		<u>-6 147</u>
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			<u>-55 396,19</u>	<u>-5 748 180,12</u>	<u>-52</u>
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>-19 500 000,00</u>	<u>-17 850</u>
25. Jahresüberschuss				<u>5 762 305,80</u>	<u>5 957</u>
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				<u>549 212,71</u>	-
				<u>6 311 518,51</u>	<u>5 957</u>
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			-		-
				<u>6 311 518,51</u>	<u>5 957</u>
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-		-
b) in andere Ergebnisrücklagen			-		-
				<u>6 311 518,51</u>	<u>5 957</u>
28a.				-	-
29. Bilanzgewinn				<u>6 311 518,51</u>	<u>5 957</u>

3. ANHANG

A. Allgemeine Angaben

Die PSD Bank Nürnberg eG, Nürnberg, ist beim Amtsgericht Nürnberg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 281 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

- In der Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich keine Veränderungen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Die einzelnen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert zuzüglich anteiliger Zinsen angesetzt.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigem Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert zuzüglich anteiliger Zinsen angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird zeitanteilig aufgelöst.

Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und versteuerten Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt.

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgte bei Teilportfolien auf Basis eines Berechnungsverfahrens, das den auf der Grundlage unserer internen Risikosteuerung ermittelten erwarteten Verlust schätzt.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die wie Anlagevermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB im Bestand.

Der Ansatz der Wertpapiere erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Als Wertmaßstab im Rahmen der Folgebewertung wird auf den Börsenpreis oder einen ggf. bestehenden Marktpreis zurückgegriffen. Besteht kein aktiver (liquider) Markt oder kann ein Börsen- oder Marktpreis aus anderen Gründen nicht festgestellt werden, wird der beizulegende Zeitwert mittels Barwertberechnung (Discounted Cashflow-Verfahren) ermittelt.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert.

Strukturierte Finanzinstrumente, die aufgrund eines eingebetteten derivativen Finanzinstruments wesentlich erhöhte oder zusätzliche (andersartige) Chancen oder Risiken im Vergleich zum Basisinstrument aufweisen, haben wir nicht im Bestand. Eine getrennte Bilanzierung ist daher nicht erforderlich.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip zu fortgeführten Anschaffungskosten, ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert.

Treuhandvermögen

Die Bewertung des Treuhandvermögens erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. zum Nennwert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der entgeltlich erworbenen immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die der geschätzten wirtschaftlichen Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientieren.

Software wurde unter der Bilanzposition "Immaterielle Anlagewerte" ausgewiesen. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden im Anschaffungsjahr bei linearer Abschreibung pro rata temporis abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Latente Steuern

Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasi-permanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen.

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde. Der Aktivüberhang resultiert im Wesentlichen aus den Wertpapieranlagen sowie aus den Pensions- und anderen langfristigen Rückstellungen.

Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Verbundene Unternehmen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Treuhandverbindlichkeiten

Die Bewertung der Treuhandverbindlichkeiten erfolgte zum Erfüllungsbetrag, der mit dem Nennwert der Verpflichtung übereinstimmt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Basiszins hinausgehende Vorteile für Einlagen, wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der "Richttafeln 2018 G" (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen aus Anwartschaften auf Pensionen werden mittels Anwartschaftsbarwertverfahren angesetzt. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert.

Als Rententrend für die Pensionsrückstellungen werden 3 % und für die Rentenzusagen eine Anpassungsdynamik von 2 % angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit 2,3 % (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per Dezember 2020 ermittelten Zinssatzes). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 950.294 EUR. Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden analog zum Ab-/Aufzinsungseffekt im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Die Pensionsanwartschaften der Vorstände und Teile der Versorgungsverpflichtungen gegenüber früheren Vorständen wurden auf externe Versorgungsträger übertragen (R+V Pensionsfonds AG bzw. Versorgungskasse genossenschaftlicher Unternehmen (VGU e.V.)). Die Leistungsempfänger sind in vollem Umfang durch Deckungskapital abgedeckt. Bei der Bank verbleibt darüber hinaus die Subsidiärhaftung.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 393.733 EUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 393.733 EUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände (Rückdeckungsversicherungen) wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betrug 393.733 EUR. Erträge aus der Abzinsung der Verpflichtungen wurden mit den aus dem Deckungsvermögen resultierenden Erträgen (Wertsteigerungen, Zinsen, Dividenden) in Höhe von 16.818 EUR verrechnet.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv/Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2020 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig in geringem Umfang Bürgschaften.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2020 in Höhe von 254.335.116 EUR betreffen 252.209.647 EUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt.

Die widerruflichen und unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Soweit die derivativen Geschäfte im Einzelfall nicht der Aktiv-Passiv-Steuerung dienen, werden sie nach den Grundsätzen des Imparitäts- und Realisationsprinzips einzeln bewertet. Bei der Bewertung langlaufender Zinsswaps erfolgt eine wirtschaftliche Aufteilung in einen laufzeitkongruenten Teil, der in die verlustfreie Bewertung des gesamten Zinsbuchs einbezogen wird, und in einen laufzeitinkongruenten Teil, der einzeln imparitatisch bewertet wird.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichen-gerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Posten, denen Beträge zugrunde liegen, die auf fremde Währung lauten oder ursprünglich auf fremde Währung lauten, wurden auf EUR wie folgt umgerechnet:

Auf fremde Währung lautende Verbindlichkeiten haben wir mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Der sich aus der Währungsumrechnung ergebende Aufwand wurde in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Abweichungen von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

keine

C. Entwicklung des Anlagevermögens

(volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs- /Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	1 555 490	281 188	-	a) 198 054 b) -	1 638 624	352 258	210 467
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	197 485 768	49 210 742	1 862 000	a) 139 973 815 b) -	108 584 695	95 045 456	184 176 716
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	9 900 535	920 574	-1 862 000	a) 722 756 b) -	8 236 353	2 633 153	4 364 813
a	208 941 793	50 412 504	-	a) 140 894 625 b) -	118 459 672	98 030 867	188 751 996

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugän- gen (ohne Ab- schreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstich- tag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte Sachanlagen	1 345 023	-	164 074	-	105 417	-	1 286 366
a) Grundstücke und Gebäude	13 309 052	-	3 851 567	46 800	4 034 954	-	13 539 239
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	5 535 722	-	678 378	-46 800	792 656	-	5 603 200
a	20 189 797	-	4 694 019	-	4 933 027	-	20 428 805
	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)				Buchwerte am Bilanzstichtag	
	EUR	EUR				EUR	
Schuldschein- darlehen/ Namenspapiere	10 000 000	-				10 000 000	
Wertpapiere des Anlagever- mögens	70 912 200	210 031 507				280 943 707	
Beteiligungen und Geschäftsgut- haben bei Genos- senschaften	11 150 311	-69 382				11 080 929	
Anteile an verbundenen Unternehmen	41 341 547	-37 413 212				3 928 335	
b	133 404 058	172 548 913				305 952 971	
Summe a und b	342 345 851					403 983 838	

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind 9 633 435 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Mona- te bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	23 023	-	10 000 000	-
Forderungen an Kunden (A 4)	48 955 373	136 664 754	697 544 018	2 568 435 958

In den Forderungen an Kunden sind 5 967 527 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 44 829 475 EUR fällig.
- In den Forderungen und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	33 846 997	34 165 552

- Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) und Anlageaktien an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§§ 108 bis 123 KAGB) sowie vergleichbaren EU-Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischem Investmentvermögen von mehr als 10 % (Bilanzposten A6).

Anlageziele	Buchwert EUR	Zeitwert EUR	Differenzen (Zeitwert/ Buchwert) EUR	Erhaltene Ausschüttungen EUR	Tägliche Rückgabe Ja / Nein
Ertrags- und Liquiditätssteuerung	181.626.733	194.569.261	12.942.528	889.261	Ja
Ertrags- und Liquiditätssteuerung	28.910.100	28.910.100	-	-	Nein

Es handelt sich um Spezialfonds, bei denen eine tägliche Rückgabe von Fondanteilen möglich ist. Eine vollständige Auflösung von Fonds kann vertraglich nur zum Geschäftsjahresende erfolgen. Zum anderen besteht ein Immobilienfonds, bei dem eine tägliche Rückgabe nicht möglich ist.

- Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft Jahr	EUR	Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses Jahr	EUR
a) WB Werte & Boden GmbH, Nürnberg	100,00	2020	19 699	2020	-396
b) WB 3 Werte & Boden GmbH, Nürnberg	100,00	2020	20 363	2020	-463
c) WB 4 Werte & Boden GmbH & Co.KG, Nürnberg	5,10	2020	11 471 421	2020	215 437
d) WB Projekt 1 GmbH & Co.KG, Nürnberg	94,90	2019	239 046	2019	214 148
e) WB 3 Werte & Boden Atrium GmbH & Co.KG, Nürnberg	94,90	2019	716 604	2019	416 089
f) WB Operations GmbH	100,00	2020	25 000	-	-
g) PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG, Hamburg	100,00	2020	31 269	2020	-18 731

Bei den unter Buchstaben a bis f genannten Unternehmen handelt es sich um verbundene Unternehmen.

Bei der unter Buchstabe g genannten PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG handelt es sich um einen geschlossenen Spezial AIF und damit um ein Investmentvermögen. Dieser wird nach § 17 i.V.m. § 7 RechKredV unter Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere bilanziert.

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft Jahr	EUR	Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses Jahr	EUR
DZ Beteiligungs-GmbH & Co.KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,19	2020	3 191 383 755	2020	-216 481

- In folgenden Posten sind enthalten:

börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere EUR
EUR	EUR	EUR	EUR
244 347 878	236 900 823	7 447 055	-

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)

Im Bilanzposten 'Treuhandvermögen' (A9) sind ausschließlich Kredite ausgewiesen, die im eigenen Namen und für fremde Rechnung gehalten werden.

- In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
- Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	5 309 526
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 525 543

- Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
R+V Gruppenunfallversicherung	2 139 226
Steuern	699 250

- In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten - Unterposten	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 800 000	1 800 000

- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 225 104 240 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	28 122 681	29 820 311	257 247 729	341 401 291
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	20 670	446 161	1 409 459	3 462 524
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	30 898 775	169 031 723	121 350 710	327 725 885

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Im Bilanzposten 'Treuhandverbindlichkeiten' (P4) sind ausschließlich Kredite ausgewiesen, die wir im eigenen Namen für fremde Rechnung halten.

- Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

Steuern	577 655
Offene Rechnungen	1 053 140

- Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 3 820 EUR (Vorjahr: 5 241 EUR) enthalten.

- Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 1 537 780 EUR an.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten weisen zum 31.12.2020 einen Nominalwert in Höhe von 77.742.283 EUR auf. Es bestehen folgende Emissionen von mehr als zehn Prozent des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten:

- Nachrangiges Schuldscheindarlehen 11 Mio. EUR, Zinssatz 2,087 %. Fälligkeit 12.07.2032

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Das Kapital ist nicht durch die gesetzliche Einlagensicherung geschützt.

Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt 6, 10 und 13 Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff CRR).

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	4 256 345	2 210 094

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR
Geschäftsguthaben	
a) der verbleibenden Mitglieder	26 739 464
b) der ausscheidenden Mitglieder	496 280
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	1 500
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR 6 500

- Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR
Stand 1. Januar 2020	14 510 000	104 048 552
Einstellungen		
- aus Bilanzgewinn des Vorjahres	650 000	4 757 957
Stand 31. Dezember 2020	15 160 000	108 806 509

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 2,500 %	640.107,10
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	650.000,00
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	5.021.411,41
Insgesamt	6.311.518,51

- In den Schulden sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von 24 584 198 EUR enthalten.
Der aus der Bewertung von Altersversorgungsverbindlichkeiten nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag liegt bei 950.294 EUR.
- Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte folgender Art:
Bei der genossenschaftlichen Zentralbank Festzinszahlerswaps in Höhe von nominal 265 Mio. EUR.

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands

In der nachfolgenden Tabelle sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte (exklusive Stückzinsen), die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden (Nichthandelsbestand), zusammengefasst (§ 36 Rech-KredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Die Adressenausfallrisiken sind als ungewichtete Positionsbeträge entsprechend den aufsichtrechtlichen Eigenkapitalvorschriften angegeben.

Angaben in Mio. EUR	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert	Adressen- risiko
	<= 1 Jahr	> 1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	-	175,0	90,0	265,0	-11,1	2,9

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden fast ausschließlich zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv- /Passivsteuerung eingesetzt.

Gezahlte Upfront-Payments aus Zinsswaps stehen mit 93.959 EUR zu Buche (Aktiva 14). Erhaltene Upfront-Payments aus Zinsswaps stehen mit 89.554 EUR zu Buche (Passiva 6). Für einen imparitatisch bewerteten Forward Swap besteht eine Drohverlustrückstellung von 430.587 EUR (Passiva 7).

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Der beizulegende Wert aller Geschäfte ermittelt sich aus positiven Marktwerten in Höhe von 628.461 EUR (Nennwert 45 Mio.EUR) und negativen Marktwerten in Höhe von -11.701.826 EUR (Nennwert 220 Mio.EUR). Das Adressenausfallrisiko besteht lediglich gegenüber der Zentralbank und beläuft sich gemäß Solvabilitätsverordnung in der Anrechnung somit auf 0 %.

- Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
1b. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verpfändung von bankeigenen Wertpapieren	<u>49 674 782</u>
1b. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Abtretung von Forderungen bzw. Sicherheiten	<u>123 833 408</u>
Posten unter dem Strich bzw. außerhalb der Bilanz		
Derivate	Übertragung von bankeigenen Wertpapieren	<u>12 972 400</u>

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Zinserträgen sind 22 196 EUR (Vorjahr: 29 836 EUR) negative Zinsen für Guthaben bei der genossenschaftlichen Zentralbank enthalten (Reduktion des Zinsertrags). Positive Zinsen aus Privatkundeneinlagen haben wir nicht generiert. Die positiven Zinsen aus Refinanzierungen bei der Deutschen Bundesbank, Einlagen von anderen Kreditinstituten und Kundeneinlagen institutioneller Kunden belaufen sich auf 607 651 EUR (Vorjahr: 193 367 EUR) und sind im Zinsaufwand ausgewiesen (Reduktion des Zinsaufwands).

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Erträge aus Zuschreibung zu Beteiligungen; Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	EUR
Einbringung von verbundenen Unternehmen in Tochtergesellschaft	6.331.017
Sonstige betriebliche Erträge	EUR
Gewinn verkaufte Inventar (u.a. Einbringung von Immobilien in Tochtergesellschaft)	<u>10 439 021</u>
Mieteinnahmen	<u>7 989 599</u>

Sonstige betriebliche Aufwendungen	EUR
Zinsaufwand aus Aufzinsung	787 170
Aufwand Immobilien	2 992 324
Aufwand Drohverlust Rückstellung	430 587
Verlust verkauftes Inventar (u.a. Einbringung von Immobilien in Tochtergesellschaft)	874 342

E. Sonstige Angaben

• Pfandbriefe

Die PSD Bank Nürnberg eG hat am 04.09.2015 die Lizenz zur Ausgabe von Pfandbriefen erhalten.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgliederung.

Da die PSD Bank Nürnberg eG das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen stellen wir nur die nach der RechKredV vorgesehenen Posten der Bilanz dar, deren Inhalte das Pfandbriefgeschäft betreffen.

Untergliederung von Posten der Bilanz auf Grund des Pfandbriefgeschäftes

Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Hypothekendarlehen	-		-	
b) Kommunalkredite	-		-	
c) andere Forderungen	25 222 925	25 222 925	156 485 062	156 485 062
darunter:				
täglich fällig	10 919 503		142 211 812	
gegen Beleihung von Wertpapieren	-		-	

Aktiva 4 - Forderungen an Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Hypothekendarlehen	2 651 408 533		2 480 452 943	
b) Kommunalkredite	-		-	
c) andere Forderungen	806 159 097	3 457 567 630	721 029 243	3 201 482 186
darunter:				
gegen Beleihung von Wertpapieren	-		-	

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) aus dem Emissions - und Darlehengeschäft	-		-	
b) andere	1 319 801	1 319 801	1 113 221	1 113 221

Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	230 781 107		230 779 746	
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	-		-	
c) andere Verbindlichkeiten	445 810 905	676 592 012	385 040 179	615 819 925
täglich fällig	20 000 000		20 031 510	

Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		329 824 122		299 711 554
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		-		-
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	813 874 939		818 051 313	
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist mehr als drei Monate	5 338 814	819 213 753	31 041 512	849 092 825
d) andere Verbindlichkeiten		2 291 499 260		2 027 841 122
darunter:				
täglich fällig	1 972 316 289		1 796 475 265	
Summe		3 440 537 135		3 176 645 501

Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekenspfandbriefe	-		-	
ab) Öffentliche Pfandbriefe	-		-	
ac) Sonstige Schuldverschreibungen	-	-	-	-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-		-
darunter				
Geldmarktpapiere	-		-	
Summe		-		-

Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	3 820		5 241	
b) andere	89 554	93 374	-	5 241

• **Angaben nach § 28 PfandBG zum Hypothekendarfbriefumlauf**

Angaben zu Gesamtbetrag und Laufzeitstruktur (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 1 und 3 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress ¹⁾	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Gesamtbetrag des Darfbriefumlaufs inkl. Derivate	557,60	527,60	649,23	585,95	890,64	811,02
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inkl. Derivate	839,24	688,49	952,35	760,43	1 155,01	916,93
% Fremdwährungsderivate v. Passiva	-	-	-	-	-	-
% Zinsderivate v. Passiva	-	-	-	-	-	-
% Fremdwährungsderivate v. Aktiva	-	-	-	-	-	-
% Zinsderivate v. Aktiva	-	-	-	-	-	-
Überdeckung in %	50,51	30,49	46,69	29,78	29,68	13,06

¹⁾ Sowohl die Ermittlung des Risikobarwerts als auch des Währungsstresses erfolgt statisch.

§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist	Darfbriefumlauf		Deckungsmasse	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
bis zu sechs Monate	-	-	21,54	19,59
mehr als sechs Monate bis zu zwölf Monaten	5,00	-	20,07	15,03
mehr als zwölf Monate bis zu 18 Monaten	-	-	19,56	18,07
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	-	5,00	20,66	17,23
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	-	-	53,90	33,20
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	15,00	-	67,76	47,87
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	40,00	15,00	107,91	62,03
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	158,00	193,00	291,38	296,59
über 10 Jahre	339,60	314,60	236,46	178,87

§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG Kennzahlen	31.12.2020	31.12.2019
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	100,00 %	100,00 %
Anteil festverzinslicher Darfbriefe	100,00 %	100,00 %

§ 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG (nach § 6 Darfbrief-Barwertverordnung)	Zinsstress-Barwert der Deckungsmassen		Zinsstress-Barwert des Darfbriefumlaufs	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Fremdwährung	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG (nach § 6 Darfbrief- Barwertverordnung)	Wechselkurs		Nettobarwert in Fremdwährung		Nettobarwert in EUR	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Fremdwährung	-	-	-	-	-	-

Zusammensetzung der ordentlichen Deckungswerte (Angaben in Mio. EUR)

Verteilung der Deckungswerte nach Größenklassen	31.12.2020	31.12.2019
bis zu 300 Tsd. €	813,37	662,95
mehr als 300 Tsd. € bis zu 1 Mio. €	2,87	2,54
mehr als 1 Mio. € bis zu 10 Mio.€	-	-
mehr als 10 Mio. €	-	-

Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (I) § 28 Abs. 2 Nr. 1 b und 1 c PfandBG	31.12.2020	31.12.2019
wohnwirtschaftlich	816,24	665,49
gewerblich	-	-

Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (II) § 28 Abs. 2 Nr. 1 b und 1 c PfandBG	31.12.2020	31.12.2019
Staat		
Bundesrepublik Deutschland		
Eigentumswohnungen	218,54	172,88
Ein- und Zweifamilienhäuser	597,70	492,61
Mehrfamilienhäuser	-	-
Bürogebäude	-	-
Handelsgebäude	-	-
Industriegebäude	-	-
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	-	-
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	-	-
Bauplätze	-	-
Summe	816,24	665,49

Weitere Kennzahlen		31.12.2020	31.12.2019
§ 28 Abs. 1 Nr. 7 PfandBG - Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 Abs. 1 PfandBG überschreiten	in Mio. EUR	-	-
§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG - volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (seasoning)	in Jahren	4,05	3,63
§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG - durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	in %	51,87	52,16
ordentliche Deckung (nominal)	in Mio. EUR	816,24	665,49
Anteil am Gesamtumlauf	in %	146,38	126,13

Zusammensetzung der weiteren Deckungswerte (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 8 PfandBG Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen überschreiten	31.12.2020	31.12.2019
§ 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	-	-
§ 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 6 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Ausgleichsforderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	
Staat	31.12.2020	31.12.2019
Frankreich inkl. Monaco	-	-
Polen	-	-
EU-Institutionen	-	-
Summe	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 6 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG			
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	
Staat	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Frankreich inkl. Monaco	-	-	-	-
Polen	-	-	-	-
EU-Institutionen	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 6 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	
	31.12.2020	31.12.2019
Frankreich inkl. Monaco	10,00	10,00
Polen	5,00	5,00
EU-Institutionen	8,00	8,00
Summe	23,00	23,00

§ 28 Abs.1 Nr. 4, 5 und 6 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Summe	
	31.12.2020	31.12.2019
Frankreich inkl. Monaco	10,00	10,00
Polen	5,00	5,00
EU-Institutionen	8,00	8,00
Summe	23,00	23,00

Übersicht über rückständige Leistungen (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	Gesamtbetrag der mind. 90 Tage rückständigen Leistungen		Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Keine	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen auf Deckungshypotheken

§ 28 Abs. 2 Nr. 4 PfandBG	wohnwirtschaftlich		gewerblich	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren mit gleichzeitigem Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	-	-	-	-
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen (Angaben in Mio. EUR)	-	-	-	-

● **Zusatzangaben nach § 35 RechKredV**

Die im Deckungsregister aufgeführten Realkredite in Höhe von 816,24 Mio. EUR werden in der Bilanz unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die zur Deckung dienenden Wertpapiere in Höhe von 23 Mio. EUR (Nominalvolumen) sind in der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthalten.

- Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands und der früheren Mitglieder des Vorstands wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen 107.287,78 EUR.

- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2020 Pensionsrückstellungen in Höhe von 131 101 EUR.
- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstands	796 221
Mitglieder des Aufsichtsrats	113 787

Geschäfte mit nahestehenden Personen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäftes vorgenommen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung, sind bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 7.168 TEUR.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

- Die Zahl der im Jahr 2020 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	<u>Vollzeitbeschäftigte</u>	<u>Teilzeitbeschäftigte</u>
Kaufmännische Mitarbeiter	180,25	71,00

Außerdem wurden durchschnittlich 11,00 Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

		Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang	2020	55 089	221 002	-
Zugang	2020	1 190	54 912	-
Abgang	2020	1 368	5 140	-
Ende	2020	54 911	270 774	-

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um

EUR 4 990 187

Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um

EUR -

Höhe des Geschäftsanteils EUR 100

Höhe der Haftsumme EUR -

- Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Dreizehnmorgenweg 36

53175 Bonn

- Mitglieder des Vorstandes

Johann Büchler, Vorsitzender

hauptamtliches Vorstandsmitglied

Helmut Hollweck

hauptamtliches Vorstandsmitglied

- Mitglieder des Aufsichtsrats

Dipl.-Kfm. Jodef Süß, Vorsitzender

Präsident Leiter Postdirektion Nürnberg a.D.

Isolde Bräunling, stellvertr. Vorsitzende

Betriebsratsvorsitzende a.D., Deutsche Post IT Services GmbH

Dr. Tilman Engel

Kaufmännischer Leiter, Sontowski & Partner GmbH

Sandra Huber

Ausbildungsleitung und Mitglied des Betriebsrates, PSD Bank Nürnberg eG

Dipl.-Ing Bernhard Pfund

Leitender Postdirektor a.D.

Dipl.-Kfm. René Stein

CFO, Prokurist Riedhammer GmbH

Edwin Then

Vorsitzender DPVKOM Bayern

Dipl.-Volkswirtin Carola Seifried

Steuerberaterin, LEONI AG

Michael Grimm

selbstständig

Nürnberg, 22. Februar 2021

PSD Bank Nürnberg eG

(Ort, Datum)

(Firma der Genossenschaft)

Der Vorstand

gez.Johann Büchler

gez.Helmut Hollweck

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die PSD Bank Nürnberg eG, Nürnberg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der PSD Bank Nürnberg eG (im Folgenden "Genossenschaft") - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31. Dezember 2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

Einbringung von Teilen des Immobilienvermögens der Bank sowie verbundener Unternehmen der Bank in eine Investment KG mit Hebung stiller Reserven

a) Sachverhalt und Problemstellung

Die Bank ist alleinige Kommanditistin der im Berichtsjahr gegründeten PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG. Persönlich haftender Gesellschafter ist die Ull PSD KN ImmoInvest GP GmbH, Hamburg. Bei der PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG handelt es sich um einen geschlossenen Spezial-AIF (Alternativer Investmentfonds) in Form einer Investmentkommanditgesellschaft und damit um ein Investmentvermögen im Sinne des KAGB. Die Gesellschaft ist als Tochterunternehmen der Bank nach § 290 HGB einzustufen. Ein Konzernabschluss war im Berichtsjahr nicht erforderlich und wurde nicht aufgestellt.

Im Geschäftsjahr hat die Bank fünf fremdgenutzte Immobilien aus ihrem Sachanlagevermögen in die PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG eingebracht. Eine Immobilie wurde als unentgeltliche Einlage direkt in die Kapitalrücklage der PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG eingebracht. Weitere vier Immobilien wurden als unentgeltliche Einlage in die Kapitalrücklage der PSD Werte & Boden GmbH & Co. KG eingebracht. Persönlich haftender Gesellschafter ist die WB 2 Werte & Boden GmbH, Nürnberg. Die PSD Bank Nürnberg eG, als alleinige Kommanditistin der PSD Werte & Boden GmbH & Co. KG, hat ihre Kommandit- und Haftenlage in voller Höhe wiederum als unentgeltliche Einlage in die Kapitalrücklage der PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG eingebracht. Der Verkehrswert der Immobilien in Höhe von 145,7 Mio. EUR wurde dem gesamthänderisch gebundenen Rücklagenkonto gutgeschrieben. Durch die Einbringung zum Verkehrswert hat die Bank einen Einbringungsgewinn in Höhe von 10,4 Mio. EUR und einen Einbringungsverlust in Höhe von 0,8 Mio. EUR erzielt.

Weiterhin hat die Bank Anteile der mit ihr verbundenen Unternehmen WB 2 Werte & Boden GmbH, WB 4 Werte & Boden GmbH & Co. KG (94,9 % der Kommanditanteile der Gesellschaft) und WB 5 Stuttgart GmbH & Co. KG (94,896 % der Kommanditanteile der Gesellschaft) in die PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG eingebracht. Durch die Einbringung hat die Bank einen Einbringungsgewinn in Höhe von 6,3 Mio. EUR erzielt.

Das Jahresergebnis der Bank war durch diese Einbringungsgewinne maßgeblich beeinflusst.

Die zutreffende Bewertung der nach Tauschgrundsätzen bewerteten Anteile an der Investmentkommanditgesellschaft unterliegt erheblichen Ermessensspielräumen und zählt daher nach unserer Beurteilung zu den bedeutsamen Risiken.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Zunächst haben wir die Gesellschaftsverträge sowie den Einbringungsvertrag eingesehen und geprüft, ob die darin enthaltenen Vereinbarungen im Hinblick auf die Gründung der Gesellschaft sowie die Einbringung der Immobilien und Geschäftsanteile tatsächlich vollzogen wurden und sich zutreffend in der Bewertung der Anschaffungskosten der Anteile an der Investmentkommanditgesellschaft niedergeschlagen haben. Dabei haben wir uns auch davon überzeugt, dass das rechtliche bzw. wirtschaftliche Eigentum auf die Kommanditgesellschaften übergegangen ist.

Hinsichtlich der Einbringungswerte haben wir die von einem Immobiliengutachter erstellten Wertgutachten in Bezug auf ihre Aktualität, Methodik sowie die Nachvollziehbarkeit der Wertermittlung gewürdigt. Damit einhergehend haben wir uns ein Verständnis über die dem Wertgutachten zugrunde liegenden Ausgangsdaten, Wertparameter und getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie innerhalb einer vertretbaren Bandbreite liegen. Bezüglich der Ermittlung der Verkehrswerte der Kommanditanteile haben wir diese hinsichtlich der Aktualität und der verwendeten Methoden nachvollzogen und gewürdigt.

Des Weiteren waren der zutreffende Ausweis der Sachverhalte in der Bilanz und der GuV sowie die einschlägigen Anhangangaben und die Berichterstattung der Bank im Lagebericht Gegenstand unserer Prüfung.

Zudem haben wir geprüft, ob die Entscheidung der Bank, mit dem Hinweis auf die 2020 noch untergeordnete Bedeutung der Investmentkommanditgesellschaft für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns auf die Erstellung eines Konzernabschlusses nach § 290 Abs. 5 i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB zu verzichten, nachvollziehbar begründet und handelsrechtlich vertretbar ist.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Angaben der Bank sind im Anhang unter den Abschnitten „D.I Bilanz“ und „D.II Gewinn- und Verlustrechnung“ sowie im Lagebericht unter den Abschnitten „II.3 Geschäftsverlauf der PSD Bank Nürnberg eG“, „II.4.1 Ertragslage“ und „II.4.3 Vermögenslage“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen die übrigen Teile des Geschäftsberichts - ohne weitere Querverweise auf externe Informationen -, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutende Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Wertpapierdienstleistungs- und Depotprüfung nach § 89 WpHG.
- Schulungsveranstaltungen für Aufsichtsräte und Bankmitarbeiter

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Mark Maetje.

Bonn, den 21.05.2021

Verband der PSD Banken e.V.

gez. Mark Maetje
Wirtschaftsprüfer

**Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2020
("Länderspezifische Berichterstattung")**

Die PSD Bank Nürnberg eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der PSD Bank Nürnberg eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die PSD Bank Nürnberg eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Investmentfonds etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2020 70.283 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 226.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 31.010 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen 5.693 TEUR und betreffen laufende Steuern.

Die PSD Bank Nürnberg eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.